

## EUROPAWAHL

## Landes- und Bundespreise für Schüler aus Bremen

Bremen. Vom 6. bis zum 9. Juni wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) die Mitglieder des EU-Parlaments. In Deutschland findet die Wahl am Sonntag, 9. Juni, statt. Am Dienstag sind die Landes- und Bundespreise des „Europäischen Wettbewerbs“, dem ältesten Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler in Deutschland, in der Europaschule Hermann-Böse-Gymnasium vergeben worden. Das teilte das Bildungsressort mit. Laut Mitteilung wurden 197 Arbeiten von 289 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus zwölf Schulen in Bremen und Bremerhaven eingereicht. Bundesweit haben sich in diesem Jahr mehr als 60.000 Schülerinnen und Schüler aus 1186 Schulen mit 42.000 Arbeiten beteiligt. Bremen konnte die Teilnahmezahl um 218 Prozent steigern. Die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs kommen aus folgenden Schulen: Gymnasium Horn (Bremen), Schulzentrum Geschwister-Scholl (Bremerhaven), Schule an der Augsburgstraße (Bremen), Schule am Alten Postweg (Bremen) und Lloyd Gymnasium (Bremerhaven). WK

## FALSCHER POLIZISTEN

## Seniorin wurde Opfer von Trickbetrügern

Bremen. Zwei unbekannte Männer gaben sich am Montag in Blumenthal einer 85-Jährigen Frau gegenüber als Polizeibeamte aus. Sie gelangten so an Bargeld und Schmuck. Laut Polizei hat sich der Vorfall gegen 14 Uhr in Lüssum-Bockhorn ereignet. Der Mann hatte bei der Dame angerufen und sich als Kripobeamter ausgegeben. Er kündigte das Eintreffen eines Polizeibeamten an, welcher ihre Wertgegenstände überprüfen müsse. Angeblich solle die Seniorin bald Opfer eines Überfalls werden. Noch während des Telefonats erschien der angekündigte Mann an der Wohnanschrift der 85-Jährigen. Er wurde von der alten Dame gegen Nennung eines vereinbarten Codewortes und Vorlage eines Dienstausweises (weiße Scheckkarte mit der Aufschrift „Kriminalpolizei“) in die Wohnung gelassen. Der Mann wird laut Polizei wie folgt beschrieben: circa 25 Jahre alt, etwa 180 Zentimeter groß, rund 80 Kilo schwer. Er war bekleidet mit einer dunklen Kappe, einer dunklen Hose und einer dunklen Sweatjacke mit Kapuze. Zeughinweise nimmt die Polizei unter 04 21 / 3 62 38 88 entgegen. BJ

ANZEIGE

NEU

Alle 14 Tage montags

GARTEN HELDEN

WESER & KURIER

Unsere Redakteurin Manuela Kanies begleitet Sie durch die Gartensaison.

Mit Expertentipps und jede Menge Erfahrungsberichten von Hobby-Gärtnerinnen und Gärtnern. Nach dem Motto: Jede Blüte zählt.

Hören Sie mal rein.

Überall, wo es Podcasts gibt, oder unter:  
[www.weser-kurier.de/podcast](http://www.weser-kurier.de/podcast)

WESER KURIER

## Katarina Barley (55)

ist seit Juli 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments und eine von dessen 14 Vizepräsidenten. Die Juristin gehört seit Ende 2021 dem SPD-Parteivorstand an. Zuvor leitete sie mehrere Bundesministerien, zuletzt jenes für Justiz und für Verbraucherschutz.

**Gut 26 Prozent müsste die SPD am Sonntag einfahren, damit es für die Bremer Kandidatin Annika Barlach, Listenplatz 27, reicht. Aktuell liegt Ihre Partei bei 14 Prozent. Warum schauen Sie trotzdem bei den Bremer Genossinnen und Genossen vorbei?**

**Katarina Barley:** Wir machen natürlich in ganz Deutschland Wahlkampf, und Bremen ist für Europa wichtig. Es ist eine Stadt mit großem Hafen und großem sozialem Herzen.

**Immerhin arbeitet Frau Barlach bereits in Brüssel, in der dortigen Landesvertretung. Die kann doch im Zweifel mehr für Bremen bewirken als eine Abgeordnete im Europa-Parlament, oder?**

Das sind verschiedene Ebenen. Die Landesvertretungen an sich haben keine Stimme im Gesetzgebungsprozess. Sie werden geleitet von den Europa-Ministerinnen und -Ministern. Die haben ihre Stimme im EU-Ministerrat. Gesetze können in Europa aber nur das Parlament und der Rat zusammen machen. Abgeordnete im Parlament können unmittelbar auf die Gesetzgebung einwirken und haben so eine gewichtige Stimme.

**Die Mitglieder des Parlaments werden ohne jede Prozenzhürde gewählt. Ist das ein Vorteil oder ein Nachteil?**

Es gibt eine natürliche Klausel. Deutschland hat 96 Abgeordnete und eine Partei braucht etwa ein Prozent der Stimmen, um einen solchen Sitz zu bekommen. Außer in Spanien muss man in allen anderen Ländern mindestens zwei Prozent haben für ein Mandat. Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass ein Parlament die wenigen Sitze, die in Deutschland ohne Hürde an Splitterparteien gehen, aushalten muss.

Aber?

Das ist ein sehr deutscher Blick. Deutschland hatte bislang sechs Abgeordnete von Splitterparteien. Das ist schon sehr abschätzig gegenüber Ländern wie Malta oder Luxemburg – die haben sechs Sitze für ihr ganzes Land. Da hätte ich mir von unserem Verfassungsgericht mehr europäische Sensibilität gewünscht.

**Sie selbst sind Vizepräsidentin des EP. Was war der größte Erfolg der europäischen Volksvertretung in den vergangenen fünf Jahren?**

Als Sozialdemokratin sehe ich den vor allem in der Mindestlohnrichtlinie. Die hat unser Kommissar und Spitzenkandidat Nicolas Schmit sehr gut verhandelt.

Was ist ihr Kern?

Das wichtigste Kriterium für den Mindestlohn ist jetzt 60 Prozent des Mittelwertes aller Einkommen in einem Land. Für Deutschland bedeutet das mehr als 14 Euro pro Stunde. Und an diese EU-Richtlinie wird sich auch unsere nationale Mindestlohnkommission halten müssen.

**Womit sie weitgehend ihre Unabhängigkeit von der Politik verliert, oder?**

Es gibt schon noch Spielräume, das ist ja nicht das einzige Kriterium. Besonderheiten des jeweiligen Landes werden berücksichtigt. Wenn aber in Deutschland der Durchschnittslohn steigt, muss auch der Mindestlohn entsprechend steigen. Das finde ich sehr fair.

**Und was kann der europäische Gesetzgeber sonst noch als Erfolg verbuchen?**

Dass wir ein Werkzeug gegen die Autokraten in der Europäischen Union geschaffen haben:



„Wir sind zu verwundbar“, meint SPD-Europapolitikerin Katarina Barley mit Blick auf die Wirtschaftspolitik der EU.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Wir können ihnen jetzt Fördergelder vorenthalten, wenn sie systematisch gegen Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Das zeigt endlich Wirkung, wenn man versucht, diese Entwicklungen einzudämmen.

**Ungarns Premier Viktor Orbán ist also schon geschmeidiger geworden?**

Zumindest hat er Reformen angekündigt. Man muss solche Gesetze aber nicht nur beschließen, sondern sie auch vollziehen. Das ist Aufgabe der EU-Kommission. Doch deren Präsidentin Ursula von der Leyen hat das zu wenig, zu zaghaft, zu langsam und inkonsequent gemacht. Man hätte diese Verordnung am Tag eins nach der Verabschiedung anwenden können, aber es brauchte anderthalb Jahre. Und dann hat sie doch noch zehn Milliarden Euro freigegeben, als Orbán die EU wegen der Ukraine erpresst hat.

Und das Parlament hat zugesehen?

Nein, es hat die Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt.

**Was genau will die SPD in Europa verändern? Gibt es eine Priorisierung?**

Angesichts der Weltlage müssen wir vor allem den Wirtschaftsstandort Europa – und Deutschland in Europa – stärken. Wir müssen uns unabhängiger machen in vielen Bereichen, denn wir sind zu verwundbar. Energie, digitale Produkte, Halbleiter, Gesundheitsprodukte – das müssen wir selber erzeugen können. Dazu gehören auch gute Jobs: Wir müssen auf 80 Prozent Tarifbindung kommen – aktuell sind wir bundesweit bei 50, im Osten bei 20 Prozent. So sichern wir gute Löhne.

**„Lohn- und Sozialdumping gehören wirksamer unterbunden“, heißt es im SPD-Wahlprogramm. Wie soll das geschehen?**

Wir wollen ein europäisches Tarifrechtgesetz. Also europäische Gelder nur noch für Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer anständig behandeln und fair bezahlen.

**Unternehmen sind genervt von Bürokratie und Regulierungen, etwa beim Lieferkettengesetz oder Aus für Verbrennermotoren. Gleichzeitig fordern sie mehr Harmonisierung, etwa bei Verpackungen.**

Natürlich wollen wir überflüssige Bürokratie abschaffen. Aber was heißt überflüssig? Dass wir keine Produkte mehr aus Kinderarbeit oder Zwangsarbeit wollen – wie im Lieferkettengesetz vorgeschrieben – ist für mich keine Bürokratie. Für Liberale und Konservative ist hin-

gegen schon ein Mindestlohn Bürokratie.

**Aber die EU-Bürokratie ist doch auch kein Phantom.**

Wenn das Problem nur aus der EU käme, müssten ja alle Mitgliedstaaten dieselben Schwierigkeiten haben. So ist es aber nicht. In Estland werden Sie diesen Vorwurf kaum hören, denn das Land ist sehr fortschrittlich in seinen Strukturen, sehr weit bei der Digitalisierung. Die Datenschutzgrundverordnung etwa war erst ein großer Aufreger hierzulande. Inzwischen beklagt sich kaum noch jemand, sie ist jetzt ein Modell für 70 Staaten weltweit geworden. In Deutschland haben wir die Umsetzung allerdings auf 16 Datenschutzbeauftragte verteilt – dass dies zu Verwerfungen und Verwirrung führt, ist doch kein Wunder.

**Demnach ist bloß der bundesdeutsche Föderalismus nicht Europa-tauglich?**

Das stimmt so pauschal nicht. Aber man muss genau hinschauen, ob das jeweilige Problem wirklich in Brüssel liegt. Da machen sich nationale Politiker manchmal einen schlanken Fuß.

**Jeder sechste Mensch in der EU ist armutsgefährdet, doch unter den Staaten gibt es große Unterschiede – was nicht nur mit deren Wirtschaftsleistung zu tun hat. Ließe sich diese Ungleichheit durch einheitliche Sozialgesetze einbrennen?**

Wir Sozialdemokraten wollen erreichen, dass jedes EU-Land eine Mindestabsicherung vorhalten muss. Niemand darf ins Bodenlose fallen. Für Kinder haben wir solche Standards schon erreicht.

**Die Kandidatenliste der SPD ist paritätisch abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt. Wäre eine weiblichere EU eine bessere EU?**

Die EU ist schon weiblicher als viele Mitgliedstaaten. Generell macht mehr Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsfindung die Entscheidungen besser. Im EU-Parlament liegt der Frauenanteil bei rund 40 Prozent, in Skandinavien ist es ganz selbstverständlich, dass die Hälfte der Macht in weiblicher Hand liegt. Ein bisschen mehr davon würde auch Deutschland guttun.

**Die starken Frauen Europas stehen aber alle rechts von der Mitte: Ursula von der Leyen, Giorgia Meloni, Marine Le Pen. Haben Sie dafür eine Erklärung?**

Wir hatten bis vor Kurzem auch sehr starke Ministerpräsidentinnen wie Sanna Marin in Finnland oder Magdalena Andersson in Schweden. Magdalena Andersson hat in Schweden auch mit Abstand das stärkste Wahlergebnis erzielt. Sie musste ihr Amt trotzdem abgeben, weil Konservative und Liberale sich von Faschisten tolerieren lassen. Viele Rechte der Frauen wurden links der Mitte erkämpft. Wenn eine Frau oben steht, bedeutet es andererseits nicht gleich, dass dann auch Politik für Frauen gemacht wird. Angela Merkel habe ich geschätzt, aber ich konnte sie als Ministerin nicht davon überzeugen, die EU-Richtlinie „Frauen in Führungspositionen“ zu unterstützen. Die Konservativen haben sie vielmehr zwölf Jahre lang blockiert.

**Vervollständigen Sie bitte diesen Satz: Die EU darf nach dem 9. Juni keinesfalls ...**

... in die Hände der Autoritären und Antidemokraten fallen. Die Gefahr besteht, weil wir im Rat bereits jetzt einige Regierungen mit rechts-extremem Beteiligung haben: Schweden, Finnland, Italien, Ungarn, Niederlande. Die werden alle Kommissare entsenden, die Kommission wird also rechter werden. Leider sind Konservative und Liberale oft Türöffner für die Rechts-extremen, haben sich in Europa vom Prinzip Brandmauer verabschiedet. Umso mehr brauchen wir ein Europäisches Parlament, das stark demokratisch geprägt ist. Deshalb ist es so wichtig, dass am Sonntag alle Demokraten zur Wahl gehen.

Das Gespräch führte Joerg Helge Wagner.

## Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Gehwegparken

Warum ein Bremer Rechtsstreit deutschlandweite Auswirkungen haben könnte

VON FELIX WENDLER

Bremen. Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Leipzig verhandelt an diesem Donnerstag über einen Bremer Rechtsstreit, der deutschlandweit aufmerksam beobachtet wird. Es geht um die Frage, in welcher Form die Stadt gegen das seit Jahrzehnten etablierte und geduldete Gehwegparken vorgehen muss. Das Urteil könnte die städtische Parkraumplanung maßgeblich beeinflussen.

Worum geht es in dem Rechtsstreit?

Die Kläger sind Anwohner aus Wohnstraßen in Findorff, der Neustadt und dem Viertel. Bei den Straßen handelt es sich um Einbahnstraßen, in denen seit Jahren auf beiden Seiten nahezu durchgehend auf den Gehwegen geparkt wird, ohne dass dies durch Verkehrszei-

chen geregelt ist. Durch die geparkten Autos bleibt auf den ohnehin schmalen Fußwegen wenig Platz für Fußgänger. Beschwerden der Anwohner bei den Behörden blieben erfolglos, weshalb sie vor Gericht gezogen sind. In den vergangenen Jahren folgten in Bremen Urteile des Verwaltungsgerichts (VG) und des Oberverwaltungsgerichts (OVG), gegen die Kläger und Beklagte Revision einlegten. Deshalb wird nun am BVG verhandelt.

**Was haben die Bremer Gerichte entschieden?**

Sowohl das VG als auch das OVG haben entschieden, dass die Behörden gegen das Gehwegparken vorgehen müssen. Insbesondere das OVG-Urteil räumt ihnen dabei aber einen größeren Ermessensspielraum ein. „Eine Pflicht der Straßenverkehrsbehörde, unmit-

telbar gegen die verkehrsordnungswidrig parkenden Fahrzeuge einzuschreiten, besteht nach Auffassung des Gerichts jedoch nicht“, heißt es. Als Grund wird unter anderem angeführt, dass die Sicherheit der Fußgänger nicht konkret gefährdet sei. Das OVG macht, anders als es sich die Kläger erhofft hatten, keine konkreten Vorgaben, wie und bis wann das aufgesetzte Parken unterbunden werden muss.

Wie haben die Behörden reagiert?

Bereits seit Juni 2022 existiert ein Vier-Punkte-Plan der Verkehrsbehörde und der Innenbehörde. Die Umsetzung verharrt bislang vornehmlich im ersten Schritt, der die Herstellung der Rettungssicherheit umfasst. Laut einer Vorlage für die Verkehrsdeputat sind die Maßnahmen in den besonders

betroffenen Straßen der Stadtteile Mitte und Östliche Vorstadt umgesetzt. Findorff, Neustadt, Walle und Schwachhausen sollen folgen. Das aufgesetzte Parken ist dabei nur ein Teilaspekt – in einigen der Straßen wurde beziehungsweise wird nicht auf dem Gehweg geparkt. Die Behörde betont, nach Priorität vorzugehen. Nach der Rettungssicherheit ist die verbliebene Restgehwegbreite das entscheidende Kriterium. Ob das Vorgehen der Behörden in dieser Form ausreichend ist, wird ein wesentlicher Aspekt des BVG-Urteils sein.

Wie will Bremen die Parkplätze ersetzen?

Je nach Urteil werden kurz- oder langfristig Flächen wegfallen, die jahrelang als Parkraum beansprucht worden sind. Die Beschaffung von Ersatzparkraum ist eine Säule des Konzepts „Parken in Quartieren“, das die Ver-

kehrsbehörde verfolgt. Mögliche Optionen sind laut Vorlage unter anderem das Bewohnerparken, Quartiersgaragen und die Nutzung halb-öffentlicher Parkplätze. In der Vorlage verweist die Verkehrsbehörde auf eine Machbarkeitsstudie, die bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll. Die Opposition kritisiert immer wieder, dass die Planung – insbesondere für Quartiersgaragen – nicht schnell genug vorangehe.

**Welche Auswirkungen könnte das Urteil haben?**

Das aufgesetzte Parken ist überall in Deutschland verbreitet. Ein Urteil im Sinne der Kläger könnte weitere Klagen hervorrufen und die Kommunen unter Zugzwang setzen. Nach Auskunft einer Gerichtssprecherin ist bereits am Donnerstag mit einem Urteil zu rechnen.